



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

p.B.51.14.21.20.Austr. - DI/kw

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

VERTRAULICH

3003 Bern, den 28. Januar 1970

Schweizerische Botschaft

C a n b e r r a

Einsatz von Pilatus-Portern
in Vietnam

Herr Botschafter,

Wir nehmen Bezug auf die in randvermerkter Angelegenheit mit Ihnen gewechselte Korrespondenz, insbesondere Ihre Mitteilung vom 21. Januar und möchten Ihnen dazu folgendes bekanntgeben.

Wie Sie der in Photokopie beiliegenden Notiz, die der Vizedirektor der Militärverwaltung, Fürspr. Clerc, am 16. Januar an Herrn Bundesrat Gnägi gerichtet hat, entnehmen wollen, hat der interdepartementale Ausschuss für Fragen der Kriegsmaterialausfuhr nach Anhörung der Vertreter der Pilatus-Werke Stans dem Bundesrat folgendes beantragt:

- 1) Kommunikation
kit*
1. Die Ausfuhr von diversem Umbaumaterial, das für die ersten vier an die australische Armee gelieferten Porter bestimmt ist und für das die Pilatus-Werke kürzlich ein Ausfuhrbewilligungsgesuch gestellt haben, wird bewilligt.
 2. Die Frage der Lieferung von Ersatzteilen für die bereits abgelieferten Pilatus-Porter wird bis zum Vorliegen eines konkreten Gesuches zurückgestellt.
 3. Die Ausfuhr des 16., zur Ablieferung bereitstehenden Porters wird nur unter der Voraussetzung bewilligt, dass die australische Regierung die Zusicherung abgibt, dass dieses Flugzeug nicht in Vietnam zum Einsatz gelangt.
 4. Weitere Lieferungen von Pilatus-Portern werden gesperrt, es sei denn, dass die beiden noch in Vietnam sich befindenden Apparate zurückgezogen werden und australischerseits die Zusicherung abgegeben wird, dass keine Pilatus-Porter schweizerischer Herkunft in diesem Kriegsgebiet eingesetzt werden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 21. Januar zu diesem Antrag Stellung genommen (vgl. beiliegenden Protokollauszug) und die Ausfuhr von Umbaumaterial bewilligt. Auch der Lieferung von Ersatzteilen hat er grundsätzlich zugestimmt. Was die Lieferung des 16. Porters sowie allfälliger weiterer Flugzeuge dieses Typs anbelangt, so hat der Bundesrat einen Entscheid vorläufig zurückgestellt. Er hat jedoch das Politische Departement



